

## Die Herausforderung der achtziger Jahre

### Zu einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing

Am Wochenende 6./7. März veranstaltete die Evangelische Akademie Tutzing aus Anlaß der diesjährigen Verleihung der Theodor-Heuss-Medaillen – der Theodor-Heuss-Preis wurde nicht vergeben – an Vertreter von drei Initiativgruppen aus dem Bereich sozialhilflicher Aktivitäten und in Zusammenarbeit mit der Theodor-Heuss-Stiftung eine Tagung, wie sie auf evangelischen Akademien selten, durch katholische Akademien kaum realisiert wird.

Man hatte sich in einer Art Zeitdiagnose vorgenommen; man wollte die Probleme, wie sie sich zu Beginn der achtziger Jahre in der Struktur unserer Wirtschaft, im Geflecht sozialer Beziehungen, im Verhältnis zwischen Bürger und Parteien und in den Beziehungen zwischen den Generationen abzeichnen, diskutieren und in einem offenen Gespräch Perspektiven für die nächsten Jahre entwickeln. Man hatte sich folglich ein breites Spektrum von Fragen vorgenommen bzw. den zeitweise immerhin über 200 Teilnehmern zugemutet. Wirtschaft ohne Wachstum? Jugend ohne Perspektiven? Dritte Welt ohne Ausweg? Bürgerinitiative ohne Chance? hießen die Leitworte, die zugleich als eine Art thematischer Führer durch das Tagungsprogramm dienten. Verstanden wurden diese mit Absicht zweckpessimistisch formulierten Fragen als „Herausforderung an die Parteien“ – so der offizielle Titel der Tagung. Die Tagungsregie war sehr darauf bedacht, aus der Tagung selbst eine mehr oder weniger hochnotpeinliche Befragung der Parteienvertreter durch „Fachleute“ aus den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu machen mit dem nicht ganz realistischen Ziel, seitens der Parteienvertreter plausible Antworten zu provozieren zu der Frage, wie es denn angesichts vielfältiger Zeichen einer sowohl materiellen wie geistigen Stagnation weitergehen soll.

Das war zweifellos eine Einengung der Perspektive, die den Parteienvertretern am allerwenigsten zusagte. So wurden sie denn auch nicht müde, vor allem gegenüber den Bürgerinitiativen zu betonen, daß sie im Sinne § 21 des Grundgesetzes keinen Alleinvertretungsanspruch in der politischen Willensbildung reklamieren. Tatsächlich wäre es angesichts der vorgegebenen Thematik wünschenswert gewesen, nicht nur Parteien mit diffusen gesellschaftlichen Gruppen zu konfrontieren, sondern wenigstens auch die großen Verbände, die „relevanten“ gesellschaftlichen Gruppen in ein solches Gespräch miteinzubeziehen. Ist doch deren Verhalten für die Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungen und möglicher Problemlösungen gerade angesichts der engen Verflechtungen zwischen Parlamen-

tarismus und „gesellschaftlicher“ Interessenvertretung kaum von minderer Bedeutung, vor allem für den vorpolitischen Raum als der der Parteien für den politischen. Man hätte dann allerdings einen halben Tag zulegen müssen, was dem Gesprächsergebnis sicher nicht schlechter bekommen wäre als ein Durchzug durch alle möglichen Themen im Eiltempo.

### Wieder alle Probleme der Zwischenkriegszeit?

Doch die Parteienvertreter stellten sich immerhin einer für sie nicht unbedingt befriedigenden Gesprächssituation. Vorgesehen waren die vier Generalsekretäre der Bundestagsparteien. *Edmund Stoiber* (CSU) und *Günther Verheugen* (F.D.P.) kamen. Als nachteilig erwies sich das Fehlen von Peter Glotz (SPD), für das Tagungsthema sicher einer der politisch Kundigsten. *Heiner Geißler* wurde durch den bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gut vertreten.

Zukunftsweisende Antworten wußten freilich auch sie nicht, weder zum Nord-Süd-Dialog noch zum Thema Jugend, nicht einmal zur vermutbaren Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre. Aber mit ihrer Zurückhaltung gegenüber mittel- und langfristigen Handlungsperspektiven standen sie nicht allein.

Dem Historiker Prof. *Wolfgang J. Mommsen*, derzeit Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London, erging es mit seinem Eröffnungsreferat nicht anders. Er faszinierte nicht wenige durch die Präzision seiner Analyse, aber zugleich enttäuschte er durch seinen beabsichtigt-unbeabsichtigten Verzicht darauf, darzulegen, welche Lösungen sich denn für die aufgezeigten Schwierigkeiten zu Beginn der achtziger Jahre anbieten könnten.

In wenigstens vier bis fünf Bereichen signalisierte er einen deutlichen *Problemzuwachs gegenüber den sechziger und siebziger Jahren*. Als erstes stellte er einen sich verschärfenden Generationenkonflikt fest. Die Bevölkerung insgesamt tendiere angesichts wachsender Unsicherheiten verstärkt zu einer Position der Statuserhaltung, während in der jungen Generation Protesthaltungen zunehmen. Für die Industriestaaten beginne so insgesamt eine neue Entwicklungsperiode mit verschärften Strukturproblemen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich: gebremstes Wachstum, strukturbedingte Arbeitslosigkeit, stärkere Abhängigkeit von den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Mit der Bereitschaft zum Risiko und

der in der Aufbauphase der Bundesrepublik einmal respektablen Mobilität sei es vorbei. Alle *Probleme der Zwischenkriegszeit* tauchten wieder auf: Rückgang der eigenen Position im Welthandel infolge schärferer Konkurrenz auch aus dem außereuropäischen Bereich, Leistungsbilanzdefizit, Beschäftigungsprobleme, Veränderungen im politischen Klima des Landes: gekennzeichnet vor allem durch eine *rückläufige Integrationskraft der großen politischen Parteien*. Zwar sah Mommsen keinen Grund, pessimistisch zu sein. Die Ausgangslage der Deutschen sei nach wie vor vergleichsweise gut. Es gebe aber gerade bei den Menschen in der Bundesrepublik einen Umschlag in Angst, sie seien sich ihrer selbst und ihrer Rolle als Deutsche nicht mehr gewiß. Man begeben sich neu auf die Suche nach der eigenen politischen Identität. Bisher nicht gekannte Legitimationsprobleme stellten sich ein. Solange der Wirtschaftserfolg anhielt, war dieser eine Art Legitimationsersatz auch im politischen Zusammenleben. Wirtschaftliches Wachstum und europäische Integration waren die tragenden Ideen. Europa ersetzte die Nation. Jetzt aber treffe – nicht zufällig – beides zusammen: wirtschaftliche Stagnation und die Stagnation der europäischen Einigung, aus der nicht mehr geworden sei als ein „Europa der Vaterländer“.

Die Folge: eine *Identitätskrise der Deutschen in der Bundesrepublik*, die die Legitimationsbasis um so erheblichen Belastungen aussetzt, als das Demokratieverständnis in der Bundesrepublik stark naturrechtlich verwurzelt gewesen sei, diese Wurzeln aber nur noch in geringem Maße tragen und die *junge Generation* eigene Wege geht. Mommsen konstatierte bei dieser einen „anarchistischen Freiheitsdrang“, der es schwer mache zu erklären, daß zwischenmenschliche und gesellschaftliche Beziehungen „auch immer Herrschaftsbeziehungen sind“. Die Ursachen für dieses Ausscheren – der liberale Historiker wiederholte hier so manches Argument, was man sonst alltäglich nur in kirchlich-konservativen Kreisen hört – ortete Mommsen in einem zu stark am Kompromiß orientierten „pragmatischen Ethos der mittleren Generation“, das diese offenbar unfähig gemacht habe, tragende Werthaltungen an ihre Kinder zu vermitteln.

Darüber hinaus sah Mommsen „Dilemmata“ und „Lähmungserscheinungen“ sowohl in den Außen- wie in den Binnenbeziehungen der Bundesrepublik. Bisher habe die Bundesrepublik wirtschaftlich kompensieren können, was sie politisch nicht leisten wollte. Zugleich konnte sie sich hinter den westlichen Bündnispartnern verstecken. Aber wirtschaftliche Kompensationen würden immer weniger möglich. Auf Dauer werde man nicht umhinkönnen, sich sowohl politisch wie militärisch selbständig zu engagieren (schon im Interesse der Ressourcensicherung für die eigene Wirtschaft) und dennoch die Politik der Entspannung fortzusetzen.

Mommsens Fazit zur außenpolitischen „Krisensituation“: Diese werde vielfach noch gar nicht wahrgenommen, andererseits werde „mehr als die Verteidigung des status quo gar nicht möglich sein“.

Gleich pessimistisch war Mommsens Urteil über die Entwicklung der (sozialen) *Binnenbeziehungen*: Der „markt-orientierte Interventionsstaat“ habe sich festgelaufen, die Verteilungskämpfe würden härter, die Gewerkschaften müßten erst zusehen, wie sie in einer Phase wirtschaftlicher Kontraktion mit ihren kleiner gewordenen Spielräumen zurechtkommen. Auch der demokratische Sozialismus mit seiner Sozialstaatspolitik sei am Ende, weil deren Kosten nicht mehr tragbar seien. Die Wirtschaft könne das Sozialsystem nicht mehr genügend abstützen, mit einem teilweisen Abbau, so Mommsen sinngemäß, müsse gerechnet werden. Große Innovationschancen vermochte Mommsen nirgends auszumachen, am ehesten noch bei den internationalen Konzernen, doch sei deren Kontrolle angesichts fortdauernder Nationalstaatlichkeit schwierig.

### Krise oder nur „Probleme“?

Wie einschneidend sich die wirtschaftliche Situation zu Beginn der achtziger Jahre geändert hat, machte in gerader Fortsetzung der Ausführungen Mommsens zu diesem Bereich der erste Redner am Samstagmorgen, *Otto Kreye* vom Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften in Starnberg, noch deutlicher. Kreye verkündete ziemlich unverschnörkelt das Ende des Wohlfahrtsstaates, und zwar, wie er betonte, „nicht weil die Staatstätigkeit so sehr zugenommen hat, daß eine Steigerung nicht mehr möglich ist ... , sondern weil die Bedingungen, die das Modell ermöglicht haben, nicht mehr existieren ...“, z. B. die relative Abgeschlossenheit nationaler oder industriestaatlicher Wirtschaftsräume. Die *weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen* (Kreye sprach von „Randbedingungen“) hätten sich grundlegend verändert, die Probleme der Dritten Welt, aber auch die gesteigerte Wirtschaftskraft einzelner ihrer Länder begännen bereits auf die Industriestaaten zurückzuwirken. Kreye versuchte solche Rückwirkungen vor allem an ihrer *Bedeutung für die Beschäftigungspolitik* zu verdeutlichen: Es sei inzwischen ein neuer Weltmarkt für Produktionsstandorte entstanden. Technische Entwicklungssprünge während der letzten Jahrzehnte im Produktions- und Kommunikationsbereich machten es möglich, a. Produktionsprozesse weitgehend aufzuspalten und b. den Produktionsstandort im weltweiten Rahmen zu wählen. Das führe zu einer jetzt schon qualitativ bedeutsamen *Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer*. Diese Entwicklung werde sich noch zuspitzen. Sie zwinge diejenigen, die nicht verlagern, um konkurrenzfähig zu bleiben, verschärft zu rationalisieren, weswegen mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen sei. Kreye belegte die von ihm demonstrierten Entwicklungen, die im Prinzip kaum bestritten wurden, vor dem Tutzingener Publikum allerdings wenig mit Zahlen, so daß seine Ausführungen als Trendbeschreibungen schlicht akzeptiert werden mußten.

Wie problematisch die Interpretation einzelner Daten blieb, zeigte der auch in Tutzing nicht so recht gelungene Versuch einer *realistischen Interpretation der Arbeitslo-*

senzahlen. Kreye selbst hielt die gegenwärtige Zahl von 1,3 Millionen Arbeitslosen statistisch für äußerst anfechtbar. Er selbst kam bis zu einer geschätzten Arbeitslosenzahl von gut über zwei Millionen. Die Aufschlüsselung der Zahlen durch einen Vertreter der Nürnberger Anstalt für Arbeit ergab aber ein wesentlich differenzierteres Bild. Kreye hatte in seiner Statistik u. a. auch die sog. stille Reserve von geschätzt 670 000 im Jahre 1978 untergebracht. Wird darunter aber verstanden „der Teil des Erwerbspotentials, der bei entsprechend günstiger Situation um eine Beschäftigung nachsuchen würde“, so fragt es sich, ob dieser Teil wirklich ernsthaft zur Demonstration von Unterbeschäftigung herangezogen werden kann. Nicht jede Hausfrau, die in einer für sie günstigen Situation eine Halbtagsbeschäftigung suchen würde, ist schon ein Fall von Arbeitslosigkeit.

So entstand streckenweise der Eindruck, als laufe man Gefahr, das Arbeitslosenproblem auch durch Überpointierung zu verharmlosen. In einem Punkt wurde, und zwar übereinstimmend, ein prekär gewordenes Gleichgewicht wieder hergestellt. Vor allem der Peter Glotz vertretende stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, *Jürgen Böddrich*, führte den Nachweis, daß im Gegensatz zum herrschenden öffentlichen Eindruck wenigstens in der Bundesrepublik nicht die Jugendarbeitslosigkeit, sondern die wachsende Arbeitslosigkeit bei den Jahrgängen ab 45 das eigentliche Problem sei.

Die „Befrager“ entwarfen also ein ziemlich düsteres Bild. Dies wurde von den antwortenden Politikern zwar nicht grundlegend korrigiert, aber doch beträchtlich retuschiert. Man wurde sich aber weder in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und ihre veränderten Rahmenbedingungen noch im Blick auf die Veränderung im politischen Klima darüber einig, ob die dargestellten Probleme gegenüber denen der fünfziger und sechziger Jahre einen neuen *Qualitätssprung* bedeuten oder ob es lediglich „andere“ Probleme sind. Die „Anfrager“ hatten sich einschließlich Mommsen für den Qualitätssprung entschieden, daher ihr Pessimismus. Edmund Stoiber plädierte dagegen – und *Anton Pfeifer* folgte ihm darin, wenn auch in Nuancen unterschieden – entschieden für die Andersartigkeit, aber prinzipielle *Gleichrangigkeit der Probleme*. Ein von ihm mehrmals wiederholter Merksatz hieß: „Wir haben Probleme, aber keine Krise. Und die Probleme, die wir haben, können wir bewältigen.“ Ob Stoiber allerdings auch mit seiner These recht hatte, mit dem Wiederanwachsen materieller Probleme würde die Aufmerksamkeit für die immateriellen (Stoiber sprach seltsamerweise von den „postmateriellen“) wieder nachlassen, mag dahingestellt sein. Der CSU-Generalsekretär meinte damit wohl, mit dem Schwinden der Wachstumsraten – alle anwesenden Politiker legten sich auf strukturell bedingte „verminderte Wachstumsraten“ für längere Zeiträume fest – würden die Leute ihren ideologischen Firlefanz vergessen und wieder zur wirtschaftlichen Vernunft zurückfinden. Aber dieses Zurückschalten auf materielle Interessen nahm sich gerade im Munde eines christlich-sozialen Politikers – ganz abgesehen von dem kulturgeschichtlich nachweisba-

ren Faktum, daß Phasen wirtschaftlicher Nöte und politischer Unruhe kulturell durchaus schöpferisch sein können, man denke nur an die zwanziger Jahre – recht rätselhaft an.

## Eine gewisse Sprachlosigkeit

Es war vielleicht kein Schaden, daß Fragen wirtschaftlicher Entwicklung, und zwar bezogen auf die Industriestaaten, in Tutzing relativ breit diskutiert wurden. Das ging freilich auf Kosten der anderen Themenstellungen, vor allem auf Kosten der Nord-Süd-Problematik. *Ansgar Skriver* vom WDR hatte zwar wacker den Bericht der Nord-Süd-Kommission, den sog. Brandt-Bericht, kritisiert, der noch voll Keynianismus sei und deshalb von einer überholten weltökonomischen Konzeption ausgehe, und eindringliche Fragen an die Unionsparteien zur Übertragbarkeit der sozialen Marktwirtschaft auf die Entwicklungsländer gestellt. Aber für dieses Thema fehlten unter den Politikern die geeigneten Ansprechpartner. Stoiber räumte ein, daß Entwicklungspolitik bei den Leuten noch kaum angekommen sei, trotz der Spendenbereitschaft für den kirchlichen Bereich. Er gab aber keine Hinweise, wieweit dazu die Parteien allmählich selbst Aufklärungsarbeit leisten könnten. Und Anton Pfeifer meinte über den Daumen gepeilt, wenn sich die soziale Marktwirtschaft in der Aufbauphase der Bundesrepublik bewährt habe, dann sei nicht einzusehen, warum sie sich in den Aufbauwirtschaften von Entwicklungsländern nicht bewähren sollte. Für eine detailliertere Antwort fehlte der Adressat. So hatte Skriver auch völlig recht, als er feststellte: „Keine meiner Fragen ist beantwortet worden... Gewissen Themen wird Öffentlichkeit schlicht verweigert.“ Eine Antwort bekam er allerdings von Böddrich. Skriver hatte *Elmar Pieroths* These zustimmend zitiert: „nicht Millionenprojekte, sondern Millionen von Projekten für die Armen“ und daran die Forderung angeschlossen, das Bonner Entwicklungsministerium dafür personell entsprechend auszustatten. Dazu meinte Böddrich, das sei wohl doch in erster Linie keine Frage des Administrationspersonals. Das Stichwort *Bürgerinitiativen* schlug erstaunlich niedrige Wellen. Die Fragestellung erreichte allerdings auch keine besondere Sinntiefe. Dazu waren die Positionen des „Anfragers“, des Umweltfragen-Beauftragten der EKD, Pfarrer *Oeser*, zu vordergründig und zündeten trotz ihrer gewollten Polemik nicht. Natürlich wollte kein Politiker Bürgerinitiativen schlichtweg als „radikale Minderheiten“ oder als „politische Umweltverschmutzer“ bezeichnen. Obwohl Brokdorf erst Tage zurücklag, verlief die Diskussion zu diesem Punkt auffallend unpolemisch. Die Parteien bemühten sich um eine möglichst sachliche Einschätzung der Bürgerinitiativen als Vertreter von Teilanliegen und Teilinteressen; als solche könnten sie die Parteien weder bedrängen noch ersetzen. Wollten Bürgerinitiativen allerdings „übergreifend“ politisch tätig werden, so müßten sie sich „konsequenterweise auch als Partei darstellen“ (Stoiber). Verheugen ließ, ohne Werbeabsichten lange zu

stilisieren, deutlich eine persönliche Nähe zu manchen Anliegen der Grünen und Kernkraftgegner, aber auch zu den „alternativen“ Jugendlichen erkennen: Er gehöre nicht zu denen, die meinten, Kernenergie sei in jeder Beziehung beherrschbar, und er finde nichts dabei, daß junge Menschen auf ihre eigene Weise zusammenleben. Im übrigen sei beachtenswert, daß junge Leute eine alternative Welt bereits geschaffen haben – ohne Hilfe der Politik. Zur Frage der *Verbandsklage* blieb es bei den üblichen Positionen. Böddrich und Verheugen sahen in ihrer Zulassung eine zusätzliche Verbesserung rechtsstaatlicher Verfahrensmöglichkeiten, Stoiber und Pfeifer lehnten mit dem Hinweis auf noch mehr „Rechtswegestaat“ ab.

In der *Jugendfrage* herrschte auch auf der Tutzinger Tagung vorwiegend Sprachlosigkeit. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden fast nur Oberflächensymptome berührt. Weder der Hinweis Stoibers, daß immerhin 80 Prozent der Jungwähler 1980 gewählt und von ihnen über 50 Prozent in Bayern für seine Partei gestimmt hatten, noch Verheugens Enthusiasmus für die Leistungsfähigkeit

Jugendlicher bei der Schaffung von Alternativkulturen ergaben ein brauchbares Argument. Warum viele Jugendliche trotz der für sie größtenteils nicht nachteiligen Lebensbedingungen die Lust an Gegenwelten oder einfach am Aussteigen überkommt, darauf hat niemand so recht eine Antwort versucht. Als bei fortgeschrittener Debatte ein Jugendlicher aufstand und erklärte, er sei „Aussteiger“, doch er wolle „einsteigen“, aber nicht bei den Parteien und bei einer Gesellschaft mit Kernkraft und Kriegsdienst, sondern bei einer „Gesellschaft der Selbstbestimmung“, hat niemand zurückgefragt, ob er sich denn *nur* fremdbestimmt fühle oder wie er sich eine „Gesellschaft der Selbstbestimmung“ vorstelle. Vielleicht kam Anton Pfeifer den wirklichen Jugendproblemen noch am nächsten, als er feststellte, wir hätten uns den jungen Leuten gegenüber wohl zu sehr den „kritischen Dialog“ geschenkt und als er bei der Diskussion über die Beschäftigungspolitik sagte, eine Verlängerung der Schulzeit für alle aus beschäftigungspolitischen Gründen sei für Schüler und Schule eine ganz schlimme Sache. *D. A. Seeber*

## Länderbericht

### „Kirche mitten im Volk“

#### Wie frei sind die Christen im vereinten Vietnam?

Am 9. November 1951 richteten die Bischöfe Indochinas, vom damaligen Apostolischen Delegaten, dem irischen Erzbischof *John Dooley*, zu einer Konferenz nach Hanoi einberufen, ein gemeinsames Hirtenwort an ihre Gläubigen. Darin warnten sie vor dem atheistischen Kommunismus, „der größten Gefahr unserer Tage“. Es sei absolut unmöglich, zur gleichen Zeit Kommunist und Katholik zu sein. Wer der Kommunistischen Partei beitrete, trenne sich faktisch von der Kirche. Nicht nur die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei wurde verboten, sondern auch jegliche Kooperation mit ihr.

Von den fünf vietnamesischen Bischöfen unter den Teilnehmern der Konferenz leben heute noch zwei: Erzbischof *Ngo Dinh Thuc*, damals Bischof von Vinh Long, später Erzbischof von Hue, ein Bruder des 1963 ermordeten Staatspräsidenten Ngo Dinh Diem von Südvietnam, lebt im Exil in Europa. Bischof *Pham Ngoc Chi*, damals Bischof von Bui Chu in Nordvietnam, 1954 mit der Masse seiner Diözesanen in den Süden geflüchtet, wurde Bischof von Danang, wo er heute abgesondert lebt. Die Diözese Danang wird inzwischen von Bischof *Nguyen Quang Sach* geleitet. – 1978 war ein weiterer vietnamesischer Unterzeichner, der spätere erste vietnamesische Kardinal Joseph Marie *Trinh Nhu Khue*, Erzbischof von Hanoi, ge-

storben. An seinem Sarg ließ Ministerpräsident Pham van Dong einen Kranz mit Widmung niederlegen.

An dieses Hirtenwort, das sich auf Bestimmungen von Papst Pius XII. stützte, erinnerten die Bischöfe Südvietnams erneut in ihrem Fastenhirtenbrief 1960; sie bekräftigten seinen Inhalt.

#### Ein neuer Ton bei den Bischöfen

Diesen Bischofsbriefen von 1951 und 1960 steht in einem gemeinsamen Pastoral-Brief aller vietnamesischen Bischöfe vom 1. Mai 1980 ein erstaunlich anderes Dokument gegenüber. Es ist die erste Verlautbarung der um diesen Zeitpunkt gegründeten ersten gemeinsamen vietnamesischen Bischofskonferenz. Obwohl die Hierarchie in Vietnam bereits im Dezember 1960 durch Papst Johannes XXIII. errichtet worden war, konnten erst im vergangenen Jahr die Bischöfe Vietnams (mit wenigen Ausnahmen) vom 24. 4. bis 1. 5. 1980 in Hanoi zu einer gemeinsamen nationalen Bischofskonferenz zusammentreten. Die Regierung hatte das Treffen ermöglicht. Vorher hatte es die Besuche einiger südvietnamesischer Bischöfe in Hanoi bei Ministerpräsident Pham Van Dong und aus Anlaß des Be-